

Solidarisch durch die Energiekrise heißt Energiewende umsetzen!

Die steigenden Energiepreise bedrohen private sowie wirtschaftliche Existenzen. Die bisher von der Bundesregierung versprochenen Entlastungen sind längst nicht ausreichend, um das Schlimmste zu verhindern. Außerdem sind sie handwerklich schlecht gemacht und kosten zu viel Geld.

Die Gesamtmitgliederversammlung unterstützt in diesem Sinne die Forderung der Partei DIE LINKE. und des Landesverbandes und explizit auch die Forderungen von Ministerpräsident Bodo Ramelow und den anderen regierungsbeteiligten LINKEN aus Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit einem Energiesondervermögen. Es braucht jetzt schnelle und effektive Entlastungen zum Beispiel in Form von bezahlbaren Grundkontingenten und Preisdeckeln für Gas-, Strom- und Fernwärmeverbraucher:innen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen fordert die Gesamtmitgliederversammlung die Bundesregierung auf, zunächst Übergewinne von Krisengewinner:innen durch die Erhebung einer entsprechenden Steuer abzuschöpfen. Perspektivisch ist es jedoch notwendig, auf eine Vergesellschaftung von kritischer Infrastruktur wie zum Beispiel Energieunternehmen oder auch Netzbetreibern hinzuwirken und diese konsequent umzusetzen.

Darüber hinaus erkennt die Gesamtmitgliederversammlung, dass zwar viel über Energieentlastungen geredet und diskutiert wird, allerdings wenig darüber die dringend notwendige Energiewende voranzutreiben, um unabhängig und nachhaltig günstige Energie für die Verbraucher:innen zu produzieren. Deshalb fordert die Gesamtmitgliederversammlung die Bundesregierung sowie Landesregierungen dazu auf, den Umbau der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien entschlossen voranzutreiben. Im Fokus der Politik sollte günstige und nachhaltige Energie stehen, die keine sozialen und ökologischen Probleme über Generationen hinweg erzeugt.

Außerdem ist sich die Gesamtmitgliederversammlung bewusst, dass es für diesen Umbau auch Gestaltungsmöglichkeiten in Erfurt auf kommunaler Ebene gibt. Deshalb fordert die Gesamtmitgliederversammlung die Stadtratsfraktion und die Aufsichtsratsmitglieder der städtischen Betriebe dazu auf, sich zum Beispiel für den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Sportstätten in Erfurt oder aber den von Amazon genutzten neuen Hallen einzusetzen und auf eine realistische Umsetzung hinzuwirken. Des Weiteren fordert die Gesamtmitglieder die Stadtratsfraktion dazu auf, das Bewusstsein des Stadtrates und des Oberbürgermeisters dahingehend zu schärfen, dass jede sanierte Schule immense Auswirkungen auf den Energieverbrauch der Stadt hat und Sanierungen somit erheblich zur Reduzierung des Energiebedarfes beitragen. Den zuständigen Dezernenten fordert die Gesamtmitgliederversammlung auf, zu prüfen, welche weiteren, neben den bereits vorhandenen Schulen, als Orte für Anlagen zur Energieerzeugung durch erneuerbare Energien geeignet sind.

Begründung:

Die Energiekrise zeigt, dass soziale Fragen heutzutage unvermeidlich mit Fragen des Klimawandels zusammenhängen. Die voranschreitende Klimakrise vertreibt nicht nur Menschen aus dem Globalen Süden aus ihrer Heimat, weil sie ihnen die Lebensgrundlage nimmt, sondern beeinflusst – wenn auch in anderem Ausmaß – das Leben der Menschen und vor allem derjenigen mit geringen Einkommen in Deutschland. In beiden Fällen gilt: nicht die, die die Klimakrise maßgeblich verursachen leiden unter

den Auswirkungen, sondern die, die aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht im Ansatz so viel zur Energiekrise beitragen. Doch statt diesen Betroffenen Tipps zu geben, wie sie am besten Energie sparen können, ist es die Verantwortung des Staates, dafür Sorge zu tragen, dass die Umwelt nicht zerstört wird und die Verursacher:innen der Krisen, die gleichzeitig auch meist von den Krisen profitieren, zur Kasse gebeten werden. Um die Zerstörung zu verhindern, bedarf es eines Ausstieges aus fossilen Energien und eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien.

Die Stadt Erfurt stillt ihren Strombedarf zurzeit lediglich aus 20% erneuerbaren Energien, während es im Bundesschnitt immerhin 42% sind. Hier besteht dringender Nachholbedarf.